

Leiharbeitszeit:

Die Leiharbeitszeit war gedacht als begrenzter Flexibilitätsspielraum mit der Absicht, dass gute Leiharbeiter später in reguläre Arbeitsverhältnisse übernommen werden. Das Gegenteil war der Fall: Reguläre Arbeitsverhältnisse wurden in Leiharbeitsverhältnisse umgewandelt. Gerade in der Autoindustrie gibt es eine ausgeprägte „Zwei-Klassen-Arbeitnehmerschaft“. Reguläre Arbeitnehmer verdienen oft das doppelte und mehr im Vergleich zu Leiharbeitnehmern. Das ist grob ungerecht. Deswegen will Martin Schulz es ändern!

Wir haben einen Supermarkt in Hohenkammer.

Die jahrelange Suche nach einem Supermarktbetreiber blieb ohne Erfolg, jetzt hat sich ein Inverstor gefunden!

Ein Ort, ohne qualifizierte Einkaufsmöglichkeiten bedeutet ein echtes Manko. Das ist nicht nur ein Mangel für die ortsansässige Bevölkerung, auch Personen, die nach Hohenkammer ziehen wollen, kalkulieren solche Lücken in der Infrastruktur in ihre Überlegungen ein.

In Hohenkammer wird es künftig immer mehr Leute geben, die nicht in eine ortsansässige Familie eingebettet sind, die für ältere oder geh behinderte Angehörige einkaufen gehen können. Daher ist der neue Supermarkt für diesen Personenkreis besonders wichtig.

Ich habe mit vielen Hohenkammerer Bürgern gesprochen, die es sehr angenehm finden, zu Fuß oder per Fahrrad einkaufen zu können. Wir können alle dazu beitragen, dass uns der Supermarkt erhalten bleibt!

Wir freuen uns, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen wollen:

www.spd-hohenkammer.de

oder direkt persönlich mit dem neuen Vorsitzenden des Ortsvereins
Gunter Wilde, Telefon 08137-5874 oder 0176-72948241

**V.i.S.d.P.: Ernst Kauer, Hohenkammer, Haslangstraße 10 und
Gunter Wilde, Hohenkammer, Birkenstraße 6**



SPD-Blattl

Hohenkammer, Juli 2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger von

Hohenkammer	Oberwohlbach
Deutldorf	Pelka
Dörnbach	Riedhof
Eglhausen	Schlipps
Eichethof	Untermarbach
Haberhof	Unterwohlbach
Herschenhofen	Wahl
Kleinkammerberg	Waltenhofen
Niernsdorf	

Neues aus dem Gemeinderat

Nach 6 ½ Jahren ist Robert Huber aus dem Gemeinderat ausgeschieden! Berufliche Umstellungen und große Veränderungen im Betrieb haben ihn zu dem Entschluss gebracht, seine Arbeit im Gemeinderat zu beenden! Robert Huber hat sich im Gemeinderat vorbildlich für die Gemeinde Hohenkammer eingesetzt und auch die Interessen unserer SPD sehr gut vertreten! Dafür danken wir ihm sehr herzlich!

Für ihn rückte im Mai Gabriele Wilde in den Gemeinderat nach! Sie ist parteilos und trat für die Bürgerliste der SPD immer wieder in Erscheinung! Gabriele Wilde wohnt seit 1992 in Hohenkammer, hat einen 25-jährigen Sohn und ist seit vielen Jahren Mitglied beim SV Hohenkammer.

Beruflich arbeitet sie als Geschäftsführerin beim Verein für Sozialarbeit in München; sie leitet eine Einrichtung, die sich um alleinerziehende Mütter und Väter kümmert.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit im Gemeinderat und sind davon überzeugt, dass sie sich für das Wohl der Gemeinde Hohenkammer einsetzen wird!

Unsere Rente ist nicht gerecht

Im Gegensatz zur CDU/CSU, die was die Rente betrifft, alles bis zum Jahr 2030 so lassen möchte, wie es momentan ist, hat die SPD den Anspruch, jetzt eine nachhaltige Sicherung des Rentenniveaus von 50 % und mehr zu sichern! Dies alleine reicht nicht aus! Rente nach Mindesteinkommen, Arbeitslosigkeit als Beitragszeit, keine Abschläge bei Erwerbsminderung, das sind nur einige Themen im Konzept der SPD!

Wir brauchen möglichst bald den Einstieg in die Erwerbstätigenversicherung. Alle, auch Selbständige, ManagerInnen, PolitikerInnen, BeamtInnen sollen in ein solidarisches Umlagesystem einzahlen und beziehen dann daraus Leistungen! Es muss verhindert werden, dass im Alter Armut entsteht und dass in einem reichen Land, wie Deutschland!

Asylbewerber: Klischees und Wirklichkeit

„Kein Geld, aber die besten Handys!“, „Holen ihre gesamten Familien nach Deutschland“, Nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!, „Haben überhaupt keine Lust, deutsch zu lernen“, „haben viel Geld und tun nix!“.

So lauten viele Stammtischparolen, meistens von Menschen, die mit Menschen anderer Herkunft, den Asylanten, noch überhaupt keinen Kontakt hatten! Sicher gibt es einige Flüchtlinge, die ihre Situation in der Freiheit ausnützen; sicher gibt es auch welche, die zu Unrecht hier sind und nicht um ihr Leben bedroht sind! Aber es gibt auch deutsche Bürger, die unseren Staat ausnutzen und die Schlupflöcher genau kennen!

Wir sollten uns einmal eine Situation vorstellen, wenn wir aus Gründen, wie Krieg und damit Angst vor dem Sterben, unser Land verlassen müssten! Unsere Heimat ist weg, wir hätten unsere Familie nicht mehr um uns, wir müssten eine andere Kultur und Sprache lernen, wir dürften erst einmal nicht arbeiten! Das wäre für jeden von uns sehr schlimm!!

Deutschland hat bei der Wiedervereinigung 17 Millionen (!) Menschen aufgenommen, dann werden wir doch die wesentlich geringere Anzahl von Flüchtlingen schaffen! Allerdings muss Europa da zusammenhalten, was die Aufnahmezahlen der Flüchtlinge betrifft! Unser Kanzlerkandidat Martin Schulz hat angekündigt, im Falle seiner Wahl den europäischen Ländern, die sich weigern, Flüchtlinge auf zu nehmen, finanzielle Zuwendungen, die sie derzeit in Folge ihrer Mitgliedschaft in der EU erhalten, zu kürzen! Richtig so!!!!

Ist soziale Gerechtigkeit ein alter Hut, der niemanden interessiert?

Vor der Agenda 2010 galt Die BRD als der „kranke Mann“ in Europa. Länder wie Spanien und Frankreich waren leuchtende Vorbilder.

Bundeskanzler Schröder hat seinen Wählern mit der Agenda 2010 viel zugemutet. Aber sie hat auch gewirkt, so dass auch die Union voll des Lobes ist. Die wichtigsten Themen sind Hartz 4, befristete Arbeit mit und ohne Sachgrund oder Leiharbeitszeit.

Hartz 4:

Die Arbeitnehmer empfinden es als ungerecht, wenn die Zahl der Arbeitsjahre keinen Einfluss darauf hat, wie lange Arbeitslosengeld bezahlt wird. Das will Martin Schulz ändern!

Befristete Arbeitsverhältnisse:

Was war die Absicht des Gesetzgebers? Der Arbeitgeber sollte auch dann Leute einstellen können, wenn er die Geschäftsentwicklung mittelfristig nicht einschätzen kann. Die Befristung war nur für zusätzliche Arbeitsverhältnisse gedacht.

Wie ist die Realität? Manchmal sind große Teile der Belegschaft befristet eingestellt.

Wer immer nur für eine bestimmte Zeit angestellt ist, ist auf das Wohlwollen des Arbeitgebers angewiesen. Wer auf seine Rechte pocht, riskiert seine Weiterbeschäftigung. Wer einen Betriebsrat gründen will, riskiert seine Weiterbeschäftigung. Wer in die Gewerkschaft geht, riskiert seine Weiterbeschäftigung. In befristeten Arbeitsverhältnissen ist man weitgehend rechtlos, wenn man im Unternehmen eine Anschlussbeschäftigung will. Das hat der Gesetzgeber nicht gewollt und es ist richtig, wenn es Martin Schulz wieder ändern möchte!

